



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 26.01.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Diskussion Ziele Handlungsfeld 7 Grün in der Stadt

Vorl.Nr. 445/22

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt BM **Manni** mit, dass der vorgesehene Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Sitzung „Pop-Up-Wilhelmstraße“ von der Tagesordnung abgesetzt werde. Die Verwaltung sehe davon ab das Projekt in diesem Jahr weiter zu verfolgen. Am Ende habe zu viel dagegengesprochen. Das Echo von Einzelhandel und Gastronomie sei gemischt gewesen. Auch das örtliche Busunternehmen habe angesichts der ohnehin aktuell hohen Belastungen eine ablehnende Haltung zu weiteren Beeinträchtigungen signalisiert. Die von den Stadtwerken in der Innenstadt geplanten Baumaßnahmen seien bei der Entscheidung ebenso negativ ins Gewicht gefallen. Man wolle das Thema Innenstadtaktivierung weiter vorantreiben und bekenne sich zum Ziel der Pop-up-Maßnahmen. Auf den Gemeinderat werde man wieder zukommen. Die zugesagten Fördermittel für Pop-Up Projekte sollen an anderer Stelle eingesetzt werden. Der interfraktionelle Antrag Vorl. Nr. 444/22 werde damit als erledigt angesehen. Die Lichtsignaltechnik und Querungen werden dennoch optimiert, auch ohne die Finanzierung über das Programm und losgelöst von der Pop-Up-Maßnahme.

Anschließend eröffnet BM **Manni** die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen gesichert werden, merkt Stadtrat **Handel** an. Die Zielsetzungen seien gut, könnten aber noch nachgeschärft werden. Auch kleinräumige Ökosysteme könnten kippen. Es müssen mehr Bäume nachgepflanzt werden als absterben. Müll in den Grünbeeten und beispielsweise illegale Müllablagerungen wie am Kreisverkehr Pattonville sollten verhindert werden. Er geht auf die Müllproblematik, wie Verpackungsmüll und Zigarettenkippen ein und fragt nach den Konzepten. Die Grünflächen und die Vitalität der Bäume werden vom Klimawandel geschwächt, dem müsse entgegengewirkt werden. Er fragt nach dem Biotopverbundnetz, Starkregengefahrenkarten, blaue Infrastruktur, Beteiligung der Bürgerschaft sowie dem grünen Ring. Monitoring und Dokumentation sei eine wichtige Maßnahme, wie auch die Messung des Grundwassers. Baumaschinen verdichten den Boden und haben im Naturschutzgebiet

nichts zu suchen, moniert er.

Grün in der Stadt habe für die Stadtgesellschaft eine hohe Relevanz, erfülle viele Bedürfnisse von Menschen und Natur, Artenschutz, innerstädtische Aufenthaltsqualität sowie Naherholung, so Stadträtin **Dr. Klünder**. Die Maßnahmen müssen evaluiert und kontrolliert werden. Alternative Möglichkeiten z.B. Beschattung, Begrünung und Sitzmöglichkeiten sollen dort geschaffen werden, wo keine Entsiegelung möglich ist. Hier könne Sie sich eine Pop-Up-Gestaltung vorstellen, auch wenn diese nicht nachhaltig sei.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht zum Biotopverbund mehr Information. Wo sollen zwei Hektar Biotopverbund herkommen, fragt er. Weiter geht er auf die Kosten für die Grünpflege ein. Pflegeaufwand bedeute finanzieller Aufwand. Zudem erkundigt er sich nach dem langfristigen Interesse/Vision an einer Landesgartenschau. Er fragt nach einer Alternative zur Ableitung des Oberflächenwassers außerhalb der städtischen Kanäle. Er spricht die Freizeitqualität am Neckar an und fragt nach einer möglichen Zeitschiene.

Das Thema Grün sei neben Klima und Energie wichtig, meint Stadträtin **Liepins**. Die strategischen Ziele seien richtig formuliert. Der Walckerpark und die Uferwiesen sowie die Zugwiesen nennt sie als positive Beispiele. Problematisch sehe sie die große Anzahl der Nutzer. Sie wünscht mehr Information zur Fläche, die entsiegelt werden solle. Die Aufnahme der Weinbergsteillagen begrüßt sie sehr. Die Sprudler in der Innenstadt müssen auch betrieben und finanziert werden, gibt sie zu bedenken, bevor man diese baue.

Stadträtin **Knecht** unterstützt die genannten strategischen Ziele. Sie regt die Gründung eines stadtweiten Vereins an. Hierdurch könnten neue Fördermöglichkeiten geschaffen werden, wie gemeinsame Pflege und Pflanzaktionen sowie Aufklärung, Bildung, Spenden der Bürgerschaft und Baumpatenschaften. Weiter geht sie auf die insektauglichen Grünstreifen entlang der Straßen ein. In der Blühphase solle weniger gemäht werden. Die zu entsiegelte Flächenangabe sei groß und sie wünscht mehr Information, wie dies zu erreichen sei.

Die Ziele sollen ernst genommen werden, auch wenn diese einen Konflikt zu anderen Zielen sein können, fordert Stadtrat **Müller**. Die Entsiegelung bedeute eine Versickerung und sei ein Unterschied zur Verschattung. Er fragt ebenso nach der entsiegelten Flächenangabe pro Jahr, und wie viele Jahre man von einem entsiegelten Arsenalplatz profitieren könne. Zwei Hektar, auch im Biotopverbund, halte er für schwierig.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Man wolle die entsiegelte Fläche messbar machen. Der Arsenalplatz könne sich schrittweise entwickeln und werde ebenso eingerechnet. Der Biotopverbund setze sich unter anderem auch aus vielen kleinen Maßnahmen zusammen. Eine Nachjustierung solle möglich sein. Die blau-grüne Infrastruktur basiere auf dem Niederschlag und nicht auf dem Frischwasser. Zum Grundwasser und Frischwasser liege die Zuständigkeit beim Landratsamt. Die Landesgartenschau habe viel Energie gebündelt. Gewonnene Ideen hieraus konnten ins Leitbild aufgenommen werden. Eine Neubewerbung werde derzeit nicht gesehen. Für die Starkregenereignisse und Hochwasser werde gesamtstädtisch eine Risikoanalyse aufgestellt. Der Neckar sei in den Zielen Schutz und Förderung der biologischen Vielfalt und deren Vernetzung mit den Zuflüssen sowie im gesamtstädtischen grünen Verbundsystem enthalten. Die Biotope dienen zur Vernetzung. Die Integration und Kooperation mit der Bürgerschaft und der Vereine sowie der Schulen sei wichtig und werde

weiterentwickelt.

BM **Manni** führt zum Verbund der Biotop aus. Man versuche Achsen nach der Leitidee des grünen Rings zu gestalten. Der Verein „grüne Nachbarschaft“ sei mit den umliegenden Kommunen bereits gegründet. Hinsichtlich der Vereinstätigkeit befinde man sich derzeit in einem Relaunch. Die Struktur lasse eine interkommunale Zusammenarbeit, Einnahme von Spendengeldern und Akquise von Fördergeldern zu. Die Geschäftsführung liege bei der Stadt Ludwigsburg.

Den Zielen könne er zustimmen, sagt Stadtrat **Link**. Vieles, wie Mäurach, Uferwiesen und Walckerpark habe man bisher geleistet. Er wünscht eine neue Zeitmessung ab 2023, hinsichtlich der zu entsiegelnden Fläche. Die Ludwigsburger Gemarkung sei begrenzt und er äußert Zweifel an der Flächenangabe von zwei Hektar. Er wünsche mehr Initiativen der „grünen Nachbarschaft“, insbesondere zu den Streuobstwiesen. Bei der Pflanzung von großen Alleebäumen weist er auf die beschränkten finanziellen Mittel hin.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine tabellarische Darstellung zur geplanten Entsiegelung. Sie bezweifelt, dass die angegebene Fläche von zwei Hektar erreicht werden kann.

Stadtrat **Raasch** erinnert an die künftigen Versiegelungen und fragt, ob das in die Bilanz mit einfließe. Weiter geht er auf die Grundsteuer ein. Der Grundwert verdopple sich bei einer Umwandlung von Brachfläche in eine Insektenwiese. Dies müsse der Bürgerschaft mitgeteilt werden.

BM **Manni** geht auf die Ver- und Entsiegelung ein. Stückchenweise sollen mögliche Flächen entsiegelt werden. Im Mittel der vergangenen 10 Jahre sei man auf die zwei Hektar gekommen.

Die angegebenen zwei Hektar dienen zur Zielsetzung und Positionierung, so die **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Es gehe nicht um eine reine realistische Position. Eine Müllkonzeption sei im Handlungsfeld nicht enthalten. Sie werde die Anregungen mitnehmen. Dieses Thema könne sie sich ebenso in der frühkindlichen Bildung vorstellen. Mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept ersetze man die Indikatoren und schreibe diese jährlich fort.

Stadträtin **Knecht** fragt, ob künftig bei sanierungsbedürftigen Parkflächen ein wasserdurchlässiger Bodenbelag und Bäume zur Beschattung vorgesehen seien.

Grundsätzlich ja, antwortet BM **Manni**. Er merkt an, dass jedoch beispielsweise die Bärenwiese ebenso als Veranstaltungsfläche genutzt werde und dies ein Ausschlusskriterium sei.

Man versuche wasserdurchlässiges Material zu nutzen, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Sie weist darauf hin, dass die Nutzung des Wassers auf Grünflächen eine entsprechende Infrastruktur und Technologie erfordere und dies mit höheren Kosten verbunden sei. Die Ausstattung der Grünflächen solle auch der Artenvielfalt dienen und somit dem Biotopverbund. Eine Bilanz zum Vergleich der versiegelten und entsiegelten Fläche sei nicht möglich. Die Dokumentation der Flächen gebe dies nicht her.

Wohnen und Gewerbeentwicklung müsse in die versiegelte Fläche eingerechnet werden, fügt BM **Manni** hinzu. Die Flächenversiegelung auf der Gemarkung werde tendenziell weiter steigen. Man versuche mit den Maßnahmen jedoch entgegenzusteuern.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf die Zielsetzung der Aufwertung und Bewertung der Grünflächen ein.

Dies komme auf die Nutzungsansprüche an, so die **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Die Schulhöfe beispielsweise seien zugänglich für die Bürgerschaft, nennt sie als positives Beispiel. Man untersuche zusammen mit dem Fachbereich Stadtplanung sowie Klima und Energie die Grün- und Freiflächen in der Stadt, wie Spielplätze und Parkanlagen.

BM **Manni** kündigt eine Information zum Verein „grüne Nachbarschaft“ an. Gesamtstädtisch werde künftig der Neckar und die Steillagen mehr in den Fokus genommen. Das Thema Müll werde ebenso mitgenommen. Zur Entseigerung werde es Jahresberichte geben.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** führt in das Thema ein. Verkehr- und Mobilitätsentwicklung sei dynamisch, ein ideales Konzept gebe es hierzu nicht. Die vorhandene Infrastruktur werde weiterentwickelt. Die Themen Erreichbarkeit der Innenstadt von außen mit dem Auto und die Verkehrsbeziehungen in der Stadt fließen in den Prozess ein. Auch wenn es das Ziel ist, dass möglichst viele auswärtige Besucher Bus und Bahn nutzen, soll die Durchfahrbarkeit der Ludwigsburger Innenstadt mit dem Auto erhalten bleiben. Man setze nicht auf Verbote, sondern auf eine intelligente Verkehrsführung.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität die ersten Ansätze des Innenstadtverkehrskonzepts vor.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die gute Präsentation. Die Probleme in der südlichen Innenstadt müssten gelöst werden. Es gebe freie Stellplätze, selbst an Veranstaltungstagen. Diese müssten aber aufgefunden werden. Der Einzelhandel könne ebenso auf entsprechende Parkhäuser hinweisen. Die kurzen Fußwege müssten besser vermittelt werden. Der Verkehr solle durch Ausschilderungen, Einbahnregelungen und Ampelschaltungen sinnvoller gelenkt werden. Der schlechte ÖPNV-Anschluss für den Stadtteil Poppenweiler sei der Grund für den erhöhten privaten PKW-Anteil im Stadtteil. Die Fahrradwege, wie auch der ÖPNV müsse über die Markungsgrenze hinaus und auch das Umland mitgedacht werden. Eine Stadtbahn in der Innenstadt könne eine Entlastung bringen. Die Studie mache leider keine Angabe zum Wohnort der Innenstadtbesucher. Sie geht weiter auf die Solitudestraße und die Schülerströme ein. Eine umgedrehte Verkehrsführung und einspuriger Autoverkehr würde einen breiteren Radweg ermöglichen und könne eine Erleichterung auch für die Alleenstraße bringen. Sie wünscht eine zeitnahe Umsetzung der umgedrehten Verkehrsführung an der Mathildenstraße. Die Schillerstraße sollte aus ihrer Sicht unbedingt eine Einbahnstraße sein, jedoch sei dies aufgrund des ZOB-Umbaus nicht schnell umsetzbar. Sie fragt nach den Ideen für den Lieferverkehr. Die Lieferzonen sollen hinsichtlich der Falschparker besser kontrolliert werden.

Die Ideensammlung und die Präsentation sei charmant, lobt Stadträtin **Dr. Klünder** und geht auf den Wandel in der Innenstadt ein. Der Erlebnischarakter in der Innenstadt sei wichtig. Hier sei man in Ludwigsburg gut aufgestellt. Zur Verkehrswende solle der Faktor Technik und Fortschritt aufgenommen werden. Es werde künftig mehr E-Autos geben. Das Verkehrschaos liege auch an den vielen Baumaßnahmen. Sie ist froh über die Rückziehung der Pop-Up-Maßnahme Wilhelmstraße. Die Kunden aus dem Umland seien für den Einzelhandel wichtig. Die Erreichbarkeit der Innenstadt für das Auto unattraktiv zu machen, wäre nicht von Vorteil. Die ÖPNV-Anbindung für das Umland liege nicht in städtischer Hand. Viele große Maßnahmen, wie ZIEL und Arsenalplatz werden in den nächsten Jahren auf den innerstädtischen Verkehr einwirken. An den Parkhäusern solle auf die fußläufige Entfernungsangabe der Attraktionen hingewiesen werden. Weiter geht sie auf die Solitudestraße und Schillerstraße ein. Hierzu wünscht sie mehr Information.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt ebenso für die Präsentation. Verkehr sei dynamisch und man brauche verschiedene Konzepte für die unterschiedlichen Wochentage. Jede Stadt sei unterschiedlich, in Berlin stehe beispielsweise der Bus nicht im Stau. Die Menschen mit ihren unterschiedlichen

Emotionen müssten mitgenommen werden. Eine Verbesserung des Parkleitsystems und der Hinweis auf Parkmöglichkeiten sei erforderlich und solle schnell umgesetzt werden. Die Lenkung über die B27 in die Parkhäuser sei nicht sinnvoll und solle anders gesteuert werden. Der Handlungsschwerpunkt für die Südstadt könne er im Hinblick auf die kommenden ZOB-Baustellen nicht nachvollziehen. Die Mobilitätsverteilung solle in Relation zu den gefahrenen Kilometern gesehen werden. Eine Optimierung für die Innenstadtbewohner gebe es vermutlich kaum, hier sei man bereits gut aufgestellt. Innovation und neue Mobilitätsarten sowie Handwerkerparkplätze, ambulante Pflegedienste und die Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätsarten fehlen im Konzept. Eine Einigung auf einzelne, zeitnah umsetzbare Ziele, sei wünschenswert.

Stadträtin **Liepins** geht auf den SPD-Antrag ein und fragt, ob dieser als Arbeitsauftrag mitgenommen werde. Dieser solle als Prüfauftrag gesehen werden und im Zusammenhang mit dem Arsenalplatzumbau, Prüfung Wilhelmstraße, Solitudestraße, Schillerstraße in Verbindung mit dem Kreissparkassenneubau, ZOB-Umbau, wie auch einem zweiseitigen Radweg gesehen werden. Das Thema sei schwierig und komplex. Sie dankt der Verwaltung für die umfangreiche Vorstellung. Man müsse stückweise vorgehen, so die Intension des Antrags. Der ZOB-Umbau dauere rund 4 Jahre und greife in den Verkehr ein. Die Parkhäuser sollen gut erreichbar sein. Parksuchverkehr durch die Innenstadt müsse vermieden werden. Zur Umdrehung der Einbahnstraße in der Solitudestraße habe es bereits vor rund 15 Jahren einen SPD-Antrag gegeben. Damals konnte man sich dies nicht vorstellen. Konkret solle man mit einzelnen Maßnahmen für eine Verkehrsverbesserung sorgen, ohne in den ZOB-Umbau zu blockieren.

BM **Manni** merkt an, dass der Antrag der SPD-Fraktion als Arbeitsauftrag mitgenommen werde. Mit dem heutigen mündlichen Bericht sei der Antrag nicht erledigt.

Man brauche ein Gesamtkonzept für die Innenstadt, meint Stadträtin **Knecht**. Der ZOB-Umbau sei ein wichtiges Thema und müsse in die Planungen einfließen. Sie geht auf den Durchgangs- und Schleichverkehr ein und fragt nach entsprechenden Untersuchungen. Die B27 und die Schwieberdinger Straße seien bereits stark belastet. Der ÖPNV aus dem Umland obliege nicht der Stadt. Parkhäuser am Stadtrand mit Shuttleverkehr und die letzte Meile sowie weitere technische Innovationen seien eine gute Lösung und müssen mitgedacht werden. Das Umland werde als Kaufkraft für die Innenstadt gebraucht. Die Solitudestraße berge mit der Umkehrung einen neuen Konflikt durch die Schülerströme. Ausweichverkehr über Wohngebiete müsse verhindert werden. Die Innenstadt sei nicht kompakt, widerspricht sie. Vom Bahnhof zum Marstall sei es rund 1 Kilometer und mit Einkäufen zu weit. Sie regt einen Workshop zu diesem komplexen Thema.

Das permanente Wachstum des Autoverkehrs verursache den jetzigen Zustand, bedauert Stadtrat **Müller**. Man müsse den Umweltverbund stärken und gute Verbindungen für das Umland fördern. Für Rad und Fußgänger sowie ÖPNV müsse Raum freigemacht werden. Es werde zu Verlagerungen kommen. Ein intelligentes Parkleitsystem sei wichtig, wie auch die Umdrehung der Solitudestraße. Während des ZOB-Umbaus werde der Verkehr nicht über die Solitudestraße geleitet und könne deshalb zeitnah umgesetzt werden. Er appelliert auch an die Vertreter im Kreistag. Zur Abbiegung von der Myliusstraße in die Alleenstraße wünscht er nähere Informationen.

BM **Manni** dankt für die fundierten Rückmeldungen. Der zeitnahe Fokus liege auf der Lenkung in die Parkhäuser und die Kommunikation zu den Highlights in der Stadt. Es gebe bereits ein Lieferzonenkonzept, auch für Handwerker und Pflegedienste. Dies müsse besser kommuniziert werden. Bei den Parkberechtigungen sei dies entsprechend hinterlegt. Er geht auf den

interkommunalen Austausch, wie auch den Mobilitätsplan auf Kreisebene ein. Die B27 habe eine hohe Kapazität, sei jedoch stark vom Durchgangsverkehr betroffen. Eine Maßnahme sei ein Hinweis auf die Umfahrung über die A81.

Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen und Information vor Fahrtbeginn sei wichtig, so der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität. Mit dem Stadtnavisystem hoffe er auf Verbesserung, auch mit Unterstützung des Landkreises. Die Verbesserung des Parkleitsystems und Angaben zu Entfernungen könnten schnell umgesetzt werden. Zum Lieferverkehr müsse die Straßenverkehrsordnung beachtet werden. Die E-Mobilität basiere auf dem Masterplan und sei hier im Vortrag nicht erwähnt. Mit dem Blüba-Konzept werde der ÖPNV attraktiver gemacht und der Umstieg entlaste den Verkehr. Zeitnah werde eine Detailplanung zur Solitudestraße gemacht. Ein Modelltest zur Untersuchung der Innenstadtdurchfahrt habe es gegeben. Die Erschließung der Myliusstraße und Alleenstraße müsse aufgrund der Anlieferung mitgedacht werden.

Der Verkehr werde hauptsächlich über die Sternkreuzung und die Stuttgarter Straße geführt, bemängelt Stadtrat **Link**. Die Vorziehung der Ampelschaltung an der Sternkreuzung werde nicht gewollt und er geht auf den Probelauf zum Kreisverkehr ein.

BM **Manni** teilt mit, dass die Themen Antrag zur temporären Sperrung Wilhelmstraße, Parken, Erreichbarkeit der Innenstadt und Radverkehrsachse sowie den überlagerten Effekten aufbereitet werden. Im März sei der nächste Workshop (Fach austauschtreffen-FAT) terminiert.

TOP 2.1

**Verkehrskonzeption
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
21.11.2021**

Vorl.Nr. 415/21

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 2

TOP 2.2

**Wilhelmsstraße
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom
12.11.2022**

Vorl.Nr. 413/22

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 2

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM **Manni** diesen Tagesordnungspunkt ab (vgl. Tagesordnungspunkt 1).

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sehe davon ab, das Projekt weiter zu verfolgen. Die zugesagten Fördermittel für Pop-Up Projekte sollen an anderer Stelle eingesetzt werden. Der interfraktionelle Antrag Vorl. Nr. 444/22 sei somit als erledigt anzusehen, so BM **Manni**.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt einen Förderantrag (90% Förderquote) für ein E-Lastenradmietsystem im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative NKI einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Mit Stimmengleichheit ist der Beschlussvorschlag damit abgelehnt.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** verweist auf die Vorlage Nr. 017/23. Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität den Sachverhalt und beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Stadtrat **Handel** sieht bei dem Lastenradmietsystem ein gutes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger. Im Idealfall sollten die Lastenräder Autofahrten ersetzen. Ein Monitoring sei wichtig. Es gehe zunächst nur um die Antragstellung. Feinjustierungen seien noch möglich. Von Regio-Rad würden schon Lastenräder angeboten. Er erkundigt sich nach deren Auslastung und nach deren Standorten.

Fördergelder seien auch Steuergelder. Es habe sich wohl keine andere Kommune gefunden, so Stadträtin **Seysfang**. Ob man alles machen müsse, was gefördert werde, fragt sie. Sie halte es auch für fraglich, ob man ein Lastenradmietsystem benötige. Außerdem halte sie Lastenräder für ungeübte Fahrer für gefährlich, sehe auch die Mitnahme von Kindern, eventuell sogar ohne Helm, kritisch. Insgesamt sei das Modell und die Auslastung zu hinterfragen. Standorte der Regio-Rad Lastenräder seien nach ihrer Kenntnis an der S-Bahn-Station Favoritgärten und in der Kaiserstraße. Die Auslastung dieser Räder sei nach ihren Beobachtungen schlecht. Ihre Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Stadtrat **Raasch** schließt sich der Kritik an. Die Erfahrung aus anderen Städten zeige, dass die Lastenräder maximal zweimal am Tag für zwei Stunden gebucht werden. Die, die das wollen, hätten ein Lastenrad. Auch sei der Kindertransport mit einem eigenen Rad sicherer. Von seiner Fraktion komme daher eher ein Nein zum Lastenradmietsystem.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sieht, wie auch von seinem Vorredner angesprochen, dass die Infrastruktur auf die überbreiten Lastenräder nicht unbedingt gut ausgerüstet sei, er wolle der Idee aber eine Chance geben. Ein Fahrrad hätten die meisten zu Hause, während ein Lastenrad eine teure Anschaffung sei. Die Idee könne die Radinfrastruktur eventuell voranbringen. Daher solle man es versuchen, auch weil Autofahrten eventuell ersetzt werden könnten. Man könne, mit Vorbehalten,

zustimmen.

Stadträtin **Knecht** kritisiert die aus ihrer Sicht übertrieben positive Darstellung der Lastenräder im Feld „Klimatische Auswirkungen“ in der Beschlussvorlage. Damit schieße man übers Ziel hinaus. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen.

Er könne zustimmen, man müsse das mal erforschen, führt Stadtrat **Müller** aus. Probleme müssten benannt werden, daher hoffe er auf eine gute wissenschaftliche Begleitung. Gut sei, dass die Stadt nach Ablauf sich nicht weiter damit beschäftigen müsse; nach vier Jahren könne das Thema gegebenenfalls „abgehakt“ sein. Im Hinblick auf die Topographie könne Ludwigsburg gut als Modellstadt dienen.

Berits häufig habe man über Lastenräder im Ausschuss gesprochen, führt BM **Manni** aus. Wichtig sei es, heute eine Richtung festzulegen. Bei dem ursprünglich vorgelegte System „wir machen es selber“, habe es geheißen man solle „den Markt Fragen“. Nach Markterkundung habe es geheißen, es sei zu teuer. Aktuell liege nun eine Marktlösung mit 90-prozentiger Förderung vor. Daher ginge es heute nun darum, ob man den Förderantrag stelle. Er werbe daher dafür, dem System eine Chance zu geben.

Stadtrat **Link** hält die Straßen in Ludwigsburg nicht für geeignet für Lastenräder. Sollte es ein Lastenradmietsystem geben, sei es dringend erforderlich, dass die Standorte überdacht werden.

Der **Leiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität führt abschließend aus, es gebe noch keine Nutzungszahlen für die Lastenräder von Regio-Rad. Das im Dezember eingeführte System beinhalte 3 Räder. Neben den von Stadträtin Seyfang genannten Standorten gebe es ein weiteres Rad an der Schäfer Schule. Bei den Regio-Rad-Tarifen sei man nicht frei. Das heute vorgestellte Modell sehe den Kauf der Räder als „Full-Service-Vertrag“ vor. Dies sei für die Stadt fördertechnisch günstiger, als ein Leasing-Modell über 4 Jahre.

Nach Aussprache lässt BM **Manni** über die Vorlage Nr. 017/23 abstimmen.